



Die Kommissare der EUdSSR werden immer verrückter. Die Kommission will jetzt tatsächlich eine Beschäftigungsgarantie für alle Personen unter 25 Jahren europaweit durchsetzen. Ähnliche Beschlüsse kannte man bisher aus den Fünfjahresplänen kommunistischer Diktaturen, in denen die Umsetzung relativ einfach war, weil die Betriebe dem Staat gehörten. Im (noch) freien Europa wäre ein Gesetz, das einen solchen Beschluss umsetzt nur mit einem naturrechtswidrigen Eingriff gegen das Eigentumsrecht durchsetzbar. Dabei muss noch betont werden, dass die EU laut Vertrag überhaupt keine Kompetenzen in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsstaaten besitzt. Es handelt sich bei diesem Vorschlag also zudem noch um einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzips. Man sieht, wohin die EU führt.

Wer nach dem Fall der Mauer glaubte, der Kommunismus sei nun besiegt, der reibt sich inzwischen die Augen über die Politik der EU Kommission. Permanente Eingriffe in Hoheitsrechte der Mitgliedsstaaten, Antidiskriminierungsgesetze, die gegen gleich mehrere natürliche Rechte verstoßen, Gender Mainstreaming Politik zur Durchsetzung einer totalen Sexualisierung und Gleichschaltung der Gesellschaft, und jetzt ein weiterer direkter Angriff auf das Eigentumsrecht der Unternehmen.

Selbstverständlich gibt es eine soziale Verpflichtung des Eigentums, worauf gerade die katholische Soziallehre hinweist. Diese wird vor allem von den internationalen Banken und Großkonzernen mit Füßen getreten und permanent missachtet. Sie zahlen ihre Steuern

irgendwo in Honolulu und nutzen die gute Infrastruktur in den modernen westeuropäischen Ländern. Ist der Profit zu gering, werden Menschen massenweise entlassen und die Produktion nach China, Vietnam oder Bangladesch verlagert. Doch gegen diese global operierenden Banken und Konzerne geht die EU grundsätzlich nicht vor. Vielmehr stehen diese Konzerne und Banken hinter vielen Vorschlägen der EU Kommission.

Kleine und mittlere Unternehmen stellen in Deutschland 70 Prozent der Arbeitsplätze. In diesen Unternehmen, die in den meisten Fällen Familienbetriebe sind, gibt es immer noch eine soziale Partnerschaft zwischen Unternehmer und Beschäftigten. Mitarbeiter werden auch dann nicht entlassen, wenn es dem Unternehmen mal schlechter geht.

Jetzt will die EU Kommission allerdings durchgreifen und allen Menschen unter 25 Jahren einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz garantieren. Wie dies geschehen soll bleibt den Mitgliedsstaaten überlassen.

Der FAZ-Kommentator schreibt im Wirtschaftsteil: „Einfach verbieten, was nicht gefällt. Endlich hat die Europäische Kommission die Mutter zur Lösung aller Krisen gefunden. Der EU-Sozialkommissar László Andor will künftig Jugendarbeitslosigkeit verbieten. Da in der EU niemand diskriminiert werden darf, gehört natürlich auch die Arbeitslosigkeit für Alte, Mittelalte, Männer, Frauen, Kranke, Gesunde und überhaupt alle verboten.“

Natürlich ist klar, wer angesichts von solchem Schwachsinn jubelt: Die vereinigte Linke im Chor

mit den total durchideologisierten linken Gewerkschaften, die keine Arbeitnehmerinteressen, sondern linkssozialistische Ideologien vertreten.

Es sind solche Verrücktheiten die jedes Vertrauen in die EU zerstören.